

Kurzdokumentation

6. Forum Engagementförderung im Bundesverband Deutscher Stiftungen

20. Januar 2015 | KörberForum | Hamburg

»Infrastrukturförderung als Stiftungsaufgabe –
Das Netzwerkprogramm *Engagierte Stadt*«

Überblick

Begrüßung	1
Neuland in der Engagementförderung: Das Programm »Engagierte Stadt«	1
Neue Kompetenzen in der Stiftungsarbeit?	2
Wer hat, dem wird gegeben? Zur Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland 4	
Vernetzung, Beratung, Geld – das brauchen Engagement-Infrastrukturen wirklich!.....	4



(Foto: Körber-Stiftung)

Begrüßung

In ihrer Begrüßung und Einführung stellte Karin Haist, Leiterin des Bereichs Gesellschaft bei der Körber-Stiftung und des Forum Engagementförderung, direkte Verbindungs- und insbesondere Fortschrittslinien zum Forumstreffen 2013 her: Auch damals bereits ging es um Stiftungen als Förderer lokaler Infrastruktur für Engagement, allerdings noch in Gänze auf der Ebene von Forderungen, Möglichkeiten und Potentialen, kurz: man befand sich noch auf der Stufe des »man-sollte-mal«. Umso erfreulicher sei es, dass nur zwei Jahre später bereits die damaligen Ideen und Wünsche in einem passgenauen Programm geronnen seien: die »Engagierte Stadt«.

Neuland in der Engagementförderung: Das Programm »Engagierte Stadt«

In einer ersten Diskussionsrunde stellte die Moderatorin Karin Haist, Leiterin des Forums Engagementförderung, die Ausgangsfrage: Was ist Neuland am Programm »Engagierte Stadt«? Dr. Heiko Geue, Leiter der Abteilung Engagementpolitik im BMFSFJ, sowie Bettina Windau von der Bertelsmann Stiftung, beantworteten dies mit den zentralen Punkte und Ideen des Programms. Bettina Windau wählte hier den Zugang über die zehn zentralen Punkte, die aus Sicht der Programmträger eine engagierte Stadt auszeichnen und auf deren Realisierung das Programm abzielt. Als »Hebel« der Verbesserungen dienen im Programm die engagementunterstützenden Einrichtungen wie bspw. Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros oder auch Mehrgenerationenhäuser. Bettina Windau identifizierte fünf klassische Gefahren einer Förderung, die bereits in der Konzeptionalisierungsphase des Programms mitgedacht wurden: (1) Die vielleicht wohlwollende, aber fehlgeleitete Dominanz der Vorstellungen der Förderer vor denen der Geförderten, (2) gute Ideen, welche aber nicht oder nur unzureichend in die schriftliche Bewerbung überführt würden, (3) das Auseinanderfallen der schriftlichen Bewerbung gegenüber den Bedingungen vor Ort, (4) die (verständliche) Frustration bei Nicht-Förderung sowie (5) drohende Projektruinen nach Auslaufen der Förderung. Durch



(Foto: Körber-Stiftung)

das Design des mehrstufigen Bewerbungsverfahrens sowie der Förderungsausrichtung würden diese Gefahren minimiert.

Dr. Geue hob insbesondere die aus Sicht der Bundesregierung wichtige Trisektoralität hervor und wies darauf hin, dass im Gegensatz zu früheren Ansätzen keine neuen Strukturen geschaffen werden, sondern bestehende Strukturen verbessert und vernetzt würden. So werde die wohlbekannt Gefahr der »Projektruinen« minimiert. Er stellte das Programm in den Kontext veränderter Prioritäten und eines neuen Politikstils des Ministeriums, in welchem erstens nun nicht mehr die Engagementpolitik wie zuvor gelegentlich zu leicht aus dem Blick gerät, und welches nun zweitens verstärkt auf einen Dialog auf Augenhöhe mit den Partnern setzt.

In der anschließenden Diskussion boten einige Dachverbände und Organisationen ihre Kooperation und Hilfe an und lobten die paradigmwechselnde Ausrichtung des Programms, richteten aber auch einige Wünsche und Verbesserungsvorschläge an das Podium. Insbesondere die Programmbeschränkung auf Kommunen zwischen 10.000 und 100.000 Einwohnern wurde als zwar verständlich, aber bedauerlich eingeschätzt. Gerade deswegen sei es sinnvoll, nach Möglichkeiten zu suchen, wie Personen und Einrichtungen jenseits der engeren Zielgruppe mit einbezogen werden könnten.

Abschließend berichtete Alina Mahnken, Leiterin des Programmbüros »Engagierte Stadt« von den ersten Eindrücken und Erfahrungen seit dem Ausschreibungsstart.

Neue Kompetenzen in der Stiftungsarbeit?

In der ersten Podiumsdiskussion des Nachmittags, ebenfalls moderiert von Karin Haist, sprachen Ilsabe von Campenhausen (BMW Stiftung Herbert Quandt), Susanna Krüger (goodroot GmbH) und Dr. Thomas Leppert (Robert Bosch Stiftung) über stiftungsstrategische Fragen, welche Programme wie die »Engagierten Stadt« evozieren. Ausgehend von der These, dass ergebnisoffene, prozessbegleitende Programme eine andere, vielleicht sogar neue, Art der Stiftungsarbeit und insbesondere Förderungen erfordern, ging das Podium der Frage nach, was denn notwendige Kompetenzen hierfür seien, und ob diese schon in Stiftungen vorhanden seien.

Einig waren sich die Podiumsteilnehmer darin, dass es ein anderes Selbstverständnis von Stiftungsarbeit und -förderung bedürfe, um nicht wohlbekannt Fehlentwicklungen (»Projektitis«, nicht bedarfsgerechte Förderung, etc.) erneut anheim zu fallen – allerdings in unterschiedlichen Nuancierungen. Die Abkehr von vorgefertigten Problembeschreibungen und -lösungen von Seiten der Stiftungen zugunsten einer Offenheit gegenüber den wirklichen Bedarfen der Geförderten, eine neue Balance von Kontrolle durch Zielvorgaben und Ergebnisoffenheit im Prozess sowie ein stärkerer Fokus auf Organisationsentwicklung wurden einhellig als zielführend erachtet.

Dr. Thomas Leppert sah die Stiftungswelt schon weiter als gemeinhin angenommen werde – auch wenn es wie immer natürlich noch Entwicklungspotential gäbe. Etwas skeptischer äußerte sich Ilsabe von Campenhausen, wobei sie insbesondere das kaum vermeidbare Machtgefälle zwischen Förderern und Geförderten hervorhob: Ein grundehrliches Feedback und Kritik sei von Geförderten kaum zu erwarten, da diese häufig



(Foto: Körber-Stiftung)

abhängig von der Förderung seien. Insbesondere deswegen sei es vordringlich, wirkliches empathisches Zuhören und eine gewisses Maß an Demut – verstanden als Gegenstück zur Besserwisserei – an den Tag zu legen. Grundsätzliche Skepsis brachte Susanna Krüger zum Ausdruck: »Ergebnisoffenheit«, »Empathie« etc. seien Begriffe, die sehr leicht gesagt, aber schwer umzusetzen seien – schon der Begriff der »Förderung« stehe in einem latenten Spannungsverhältnis zum viel beschworenen »offenen Prozess«. Besonders hob sie hervor, dass man die eigene Haltung zunächst einmal selbst verinnerlichen und vorleben müsse, bevor man sie von anderen einfordern könne – erst dann sei so etwas wie wahre »Ergebnisoffenheit« wirklich realisierbar.

Die anschließende Diskussion war insbesondere geprägt von der Frage, inwiefern es eine sinnvolle zukünftige Aufgabe von Stiftungen sein könne, die Rolle von »Coaches« und Organisationsentwicklern der Zivilgesellschaft anzunehmen – wobei die Standpunkte zwischen »vermessen«, »möglich und sinnvoll« und »möglich, aber nicht sinnvoll« oszillierten. So hob z.B. Prof. Dr. Hans Fleisch hervor, dass seiner Meinung nach die Rolle von Stiftungen in der Zivilgesellschaft insbesondere darin bestehe, Kapital zur Verfügung zu stellen, und plädierte vorsichtig dafür, sich nicht in Bereiche vorzuwagen, die andere besser beherrschten. Eine Gegenposition hierzu formulierte bspw. Dr. Christof Eichert (Herbert Quandt Stiftung), indem er auf das Wissenskapital der Stiftungsmitarbeiter verwies, welches bei einer Beschränkung auf die Finanzierungsfunktion von Stiftungen ungenutzt bliebe.

Wer hat, dem wird gegeben? Zur Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland

Einen Blick auf die Finanzierungsmodi der organisierten Zivilgesellschaft warfen dann Dr. Holger Krimmer und Jana Priemer bei der Vorstellung der ZiviZ-Sonderauswertung »Wie finanzieren sich zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland?«.

Ausgangspunkt der Studie war die Feststellung, dass über die Finanzierung der organisierten Zivilgesellschaft viel gut gemeintes Know-How, aber wenig belastbares Know-What existiere. Es lasse sich ein Missverhältnis feststellen zwischen Ratschlägen zur Verbesserung der Finanzsituation auf der einen Seite und fundiertem empirischen Wissen hierüber auf der anderen Seite. Auf Basis des umfangreichen ZiviZ-Surveys 2012 ließen sich aber nun aktuelle Erkenntnisse über Finanzumfang und -quellen der organisierten Zivilgesellschaft formulieren.

Wesentliches Ergebnis der Studie war die große Heterogenität und Pluralität der Finanzierungsmodi, welches einerseits stark von Größe und Tätigkeitsfeld der Organisationen abhängen, zudem aber selbst innerhalb dieser Gruppen große Unterschiede erkennen lassen. Zudem zeigen die Daten, dass sich hartnäckig haltende Mythen der Finanzierung der deutschen Zivilgesellschaft – insbesondere die große Staatsnähe und Marktferne – nicht oder nur sehr eingeschränkt bestätigt finden. Letztlich unterschieden sie »zwei Gesichter« der Finanzierung der Zivilgesellschaft: auf der einen Seite stehen große Dienstleister aus wohlfahrtsstaatsnahen Bereichen, die sich aus einer Mischung aus staatlicher Förderung und Markterträgen finanzieren auf der anderen Seite steht das selbstorganisierte Assoziationswesen mit vielen kleinen Organisationen, die sich – zivilgesellschaftlich autark – aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen finanzieren. Die Langfassung der Studie finden Sie [hier](#).

Vernetzung, Beratung, Geld – das brauchen Engagement-Infrastrukturen wirklich!

In der abschließenden Podiumsdiskussion, moderiert von Prof. Dr. Hans Fleisch, wurde der Fokus von den Stiftungen und ihren Tätigkeiten auf die Zivilgesellschaft selbst gerichtet. Uwe Amrhein vom Generali Zukunftsfonds, Dr. Thomas Rübke, Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern, sowie Dr. Lilian Schwalb vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) diskutierten über die Förderung der Engagement-Infrastrukturen und ihre wirklichen Bedarfe.

Drei diskursive Kristallisationspunkte prägten die Diskussion: Erstens stand die Rolle des Staates bei der Finanzierung der engagementfördernden Infrastruktur im Fokus. Dr. Lilian Schwalb sah den Staat in der Pflicht, für eine ausreichende Finanzierung der entsprechenden Organisationen zu sorgen: Mit Sockelfinanzierungen würde die Arbeit dieser wichtigen



(Foto: Körber-Stiftung)

Einrichtungen sichergestellt werden – und aus der Pflicht hierzu wolle sie den Staat nicht entlassen. Einen ähnlichen Standpunkt vertrat Dr. Thomas Rübke, verwies aber darauf, dass durch die Ausdifferenzierung der Verbandslandschaft alte etatistische Instrumente nicht mehr ausreichend greifen würden. Insgesamt, so Rübke, sei zu wenig Geld im System. Letzteres erzeugte Widerspruch bei Uwe Amrhein: Er sah insbesondere das eigentlich ausreichende Geld ungünstig verteilt, und sprach sich provokativ gegen eine staatlich abgesicherte Bestandsgarantie für alles aus, was gut gemeint, und nicht zwingendermaßen gut gemacht sei. Man müssen auch über das Ende von Projekten sprechen dürfen, so Amrhein.

Zweitens diskutierte das Podium über Sinn und Unsinn von stetiger und fortschreitender Vernetzung, wobei Prof. Dr. Hans Fleisch provozierend damit einführte, dass der Eindruck entstehen könnte, dass dies teilweise aus Selbstzweck geschehe – eine Einschätzung, die aber einhellig abgelehnt wurde. Uwe Amrhein plädierte zudem für eine begriffliche Unterscheidung zwischen dem schwachen und entsprechend unverbindlichen »Vernetzen« und dem aus seiner Sicht erstrebenswerten »Kooperieren« von Einrichtungen.

Den Abschluss bildete die Frage nach dem Beratungsbedarf der Engagement-Infrastrukturen, wobei Moderator Fleisch die Diskutanten konkret danach fragte, wem sie welche drei Beratungsgutscheine zukommen lassen würden. Auffällig oft wurden hierbei »Seitenwechsel«-Beratungsgutscheine – als verständnisfördernde Maßnahmen für die Handlungslogiken anderer Sektoren – vergeben, sowohl für Stiftungen selbst, aber auch für Wirtschaftsberater und Politiker. Die Herstellung von »Augenhöhe« im Umgang untereinander und Respekt vor den unterschiedlichen Funktionsweisen war entsprechend ein wichtiges Anliegen des Podiums.